

EU-BEITRITT

# Bitte Gürtel enger schnallen!



Der Endspurt hat begonnen: Die Werbekampagne der ungarischen Regierung ist im vollen Gange. (Foto: Tom Wagner/SIP)

**Die UngarInnen stimmen am Sonntag über den Beitritt zur Europäischen Union ab. Die anfängliche Begeisterung ist zunehmender Skepsis gewichen.**

Balazs Kiss hat alle Hände voll zu tun. Der Andrang in der Budapester Großmarkthalle ist groß. "Die Geschäfte laufen gut", stellt der muskelbepackte Obst- und Gemüsehändler zufrieden fest, während er Kisten mit Paprikaschoten auf die Auslage seines Stands wuchtet. "Die Leute kaufen, obwohl sie wenig Geld haben", meint der Ungar. "Aber ich weiß nicht, ob das so bleibt."

In der Tat sind die Zeiten Ungarns als Niedrigpreisland vorbei. Für Lebensmittel müssen die Magyaren in den Supermärkten mittlerweile fast genauso viel Geld berappen wie in Westeuropa: Ein Pfund Kaffee kostet 600 Forint (umgerechnet rund 2,50 Euro), ein tiefgefrorenes Hähnchen 750 und ein Laib Brot 200 Forint - und das bei einem Durchschnittslohn von umgerechnet etwa 115.000 Forint (476 Euro) monatlich.

Der Preisanstieg hat auch vor landestypischen Produkten wie ungarischer Salami nicht Halt gemacht - für ein halbes Kilogramm muss der Kunde im Großmarkt fast sechs Euro auf den Ladentisch legen. "Es wird

allmählich Zeit, dass wir in die EU kommen. Dann steigen auch unsere Löhne, und wir können uns mehr leisten", hofft Balazs.

Wie der 35-jährige Händler begrüßen die meisten UngarInnen einen Beitritt ihres Landes zur Europäischen Union im Jahr 2004. Nichts anderes als eine klare Zustimmung ist auch bei dem Referendum über den Beitritt am kommenden Sonntag zu erwarten. "Etwa 80 Prozent der Bevölkerung sind für einen EU-Beitritt", zitiert Péter Paczolay, der stellvertretende Kabinettschef von Staatspräsident Ferenc Mádl, die Resultate von Meinungsumfragen. Doch diese ergaben auch, dass nur zwei Drittel der rund sieben Millionen zur Wahl berechtigten Ungarn sich an der Volksabstimmung beteiligen wollen. Andere Umfragen deuteten auf weit weniger BefürworterInnen hin. Die anfängliche EU-Begeisterung ist mittlerweile einer zunehmenden Skepsis gewichen.

## Roma auf der Verliererstraße

Eine groß angelegte Kampagne der Regierung richtet sich derzeit vor allem an die zahlreichen Unentschlossenen. Auf blauen Stickern, Fähnchen und Plakaten steht in den Nationalfarben "Igen" (ja). Zum beginnenden Endspurt der Kampagne kamen am vergangenen Samstag tausende Menschen zu einem Straßenfest mit Konzerten und Theateraufführungen in die Budapester Innenstadt. Dabei wurde noch einmal kräftig die pro-europäische Werbetrommel gerührt.

Unterdessen plädieren fast alle Parteien des Landes für den EU-Beitritt. Zwar kritisierte der Oppositionsführer, der ehemalige Ministerpräsident Viktor Orbán von den konservativen Jungdemokraten (Fidesz), zuletzt heftig die Regierung seines Nachfolgers Péter Medgyessy. Dieser habe die "Rückkehr nach Europa" zu "katastrophalen" Bedingungen verkauft. Der Regierungschef reagierte vergangenen Monat, indem er den ehemaligen Chefunterhändler für den EU-Beitritt, Endre Juhász, zum EU-Minister ernannte. Medgyessy, der als parteiloser Kandidat der Sozialistischen Partei (MSZP) aus den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr als Sieger hervorgegangen war und daraufhin eine Regierung aus MSZP und den Linksliberalen vom Bund Freier Demokraten (SZDSZ) bildete, lancierte im Februar einen Zehn-Punkte-Plan: Darin sind weitere Finanzmittel für die Entwicklung der Wirtschaft, der Infrastruktur, des Gesundheits- und Erziehungswesens sowie der Kultur vorgesehen.

Während die Menschen in der Hauptstadt dem EU-Beitritt eher gelassen entgegen sehen, gibt es auf dem Land zunehmend Zweifel: "Ich weiß nicht, ob ich meine

Produkte noch verkaufen kann, wenn die hoch subventionierten Waren aus dem Westen unser Land überschwemmen", befürchtet Josef Legradi. Der Landwirt aus der kleinen Puszta-Gemeinde Tiszaörs lebt hauptsächlich von der Milchwirtschaft. "Es ist nicht einfach, unseren Bauern zu erklären, warum sie nur 25 Prozent der EU-Agrarsubventionen erhalten sollen", erklärt derweil ein hoher Beamter des Landwirtschaftsministeriums und fügt hinzu: "Wir haben von den Beitrittsverhandlungen mehr erwartet. Vor allem die kleinen Landwirte können ohne Unterstützung nicht überleben."

"Die Arbeitslosigkeit wird steigen", sagt die Verkäuferin Gyöngy Solymosi. "Viele in Rumänien und der Ukraine lebende Ungarn werden kommen und uns die Arbeit wegnehmen." Von der Arbeitslosigkeit sind vor allem die mehr als 500.000 in Ungarn lebenden Roma schon längst betroffen. Nach Angaben des Büros für nationale und ethnische Minderheiten sind in einigen ländlichen Gemeinden 90 bis 100 Prozent der Roma ohne Arbeit, ihre Lebenserwartung liegt zehn Prozent unter dem Landesdurchschnitt.

Vor allem unter der Regierung Orbán war die Minderheit schwerwiegenden Diskriminierungen ausgesetzt. Nicht nur, dass Roma-Kinder weniger Bildungschancen erhielten und überdurchschnittlich oft in Sonderschulen gesteckt wurden. Auch bei der Polizei wurden sie oftmals Opfer von Übergriffen.

Doch mit der neuen Regierung hat sich nicht viel an der Lage der Roma-Minderheit geändert: Die Landflucht treibt viele von ihnen in die Vororte der Hauptstadt. EinE Roma erhält rund die Hälfte des ungarischen Durchschnittslohns. Zudem sind viele zur Schwarzarbeit auf dem Bau gezwungen oder verdienen ihr Geld als BlumenhändlerInnen.

Der nationalistische Kurs der vergangenen Regierung hat darüber hinaus die Angst vor illegal ins Land reisenden RumänInnen, SerblInnen und UkrainerInnen weiter geschürt. Denn bald wird Ungarn EU-Außenposten sein. Darauf bereitet István Samu seine Leute vor. Der Generaldirektor des ungarischen Grenzschutzes sieht die Hauptaufgaben seiner Truppe darin, die Grenze gegen Schmuggler und illegale ImmigrantInnen zu schützen. Die GrenzschützerInnen haben bereits auf modernste Überwachungstechnik umgesattelt.

Unterdessen streben immer mehr UngarInnen ins Ausland. "Meine beiden Kinder sollen ins Ausland, wenn sie einmal groß sind", sagt derweil Balazs Kiss. "So wie unsere Fußballspieler. Und wenn sie dort genug haben, können sie wieder zurückkehren. Dann geht es uns hier besser."

Stefan Kunzmann

kommentar

GUY W. STOOS

## Vorsicht Linksabbieger!



Machbar ist alles, nur wollen muss man es ...

... oder La multitude qui ne se réduit pas à l'unité est confusion: l'unité qui ne dépend pas de la multitude est tyrannie. (Blaise Pascal)

Siehe da! Urplötzlich interessiert sich die luxemburgische Medienlandschaft für eine linke Sammelbewegung namens "déi Lénk/la Gauche". Kann nur eines bedeuten: Knatsch! Die Schlagzeilen überschlagen sich, Irak-Krieg hin und Islamistenrazzia her: "mit déi Lénk ist nicht gut Kirschen essen", "Familienstreit", "Tischtuch entzweit" und ähnliches, sogar das Luxemburger Wort macht mit. Auslöser? Eine, seit langem angekündigte, Pressemitteilung der KPL: "KPL beschließt offene Kandidatenlisten zu den Parlamentswahlen" mit der verwirrenden Aussage, die nationale Koordination von déi Lénk habe gemeinsame Kandidatenlisten mit der KPL abgelehnt.

Dazu einige Anmerkungen:

1. Déi Lénk/la Gauche hat nie gemeinsame Listen abgelehnt, vielmehr wurde gemeinsam beschlossen, einheitliche Listen mit ausgewogener Vertretung aller Strömungen aufzustellen.
2. Abgelehnt wurde lediglich das nachfolgende Begehren seitens der KPL gemeinsame Listen déi Lénk/KPL ins Rennen zu schicken.
3. Déi Lénk war nie ein Zweck- oder Wahlbündnis sondern vielmehr eine Sammelbewegung, die sich als innovative Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit verstand, mit dem klaren Ziel eine andere Welt, ohne Krieg und Unterdrückung, möglich zu machen.
4. Argumente für die Einheit auf der Linken werden uns tagtäglich geliefert: zunehmende Banalisierung der Kriegslogik, Abbau der sozialen Versicherungssysteme, Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienste, zunehmende Arbeitslosigkeit (immer öfter aus börsentechnischen Gründen), Aushöhlung des Arbeitsrechtes sowie der demokratischen Rechte. Dieser politisch wichtigen Situation kann nur mittels der konsequenten Einheit auf der Linken sowie der Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen begegnet werden.
5. Déi Lénk bedauert den Beschluss des Zentralkomitees der KPL.

Guy W. Stoos ist Mitglied bei déi Lénk

### Nächste Woche:

#### Der kurze lange Krieg

Wie bei kaum einem anderen kriegerischen Konflikt gaben sich in den letzten Wochen echte und selbst ernannte ExpertInnen ein Stelldichein, um über den Ausgang des Irakkrieges, seine Dauer und die Zahl der zu erwartenden Toten und Verletzten zu orakeln. Bei der Vielzahl der Meinungen gab es auch ein paar "Treffer". Das woxx-Dossier untersucht wie viel dem Zufall und wie viel der Expertise in der Kriegsvorhersage überlassen wurde.

### Ende gut, alles gut

Nach rund vier Wochen ist es endlich vorbei. Nein, gemeint ist nicht der Krieg im Irak, sondern das Praktikum eines jungen Mannes bei der woxx. Nun, ein wenig verwunderlich ist das Sich-Überschneiden beider Ereignisse schon. Wusste der Praktikant mehr, als er zugeibt? Es kursieren gar Gerüchte, er habe Verbindungen zu terroristischen Organisationen und würde in seinen Texten in der woxx versteckte Informationen an seine Kontaktpersonen weiterleiten. Doch die Redaktion beruht: Die Situation ist unter Kontrolle. Hat die woxx sich nur von der allgemeinen Angst vor terroristischen Aktivitäten anstecken lassen?



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danielle.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 10 bis 13 und 14 bis 16 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxembourg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79